



Rudolf Ramsauer,
Direktor

Nach dem überzeugenden Volksentscheid zur Personenfreizügigkeit sind die beiden Pakete bilateraler Abkommen fest geschnürt und die Beziehungen der Schweiz mit der EU auf einem soliden Fundament. Neue europapolitische Schritte sind bis auf weiteres nicht absehbar

Nach den europapolitischen Erfolgen das eigene Haus in Ordnung bringen!

und aus Sicht der Wirtschaft weder notwendig noch wünschbar. Unsere Energien können wir nun vor allem darauf konzentrieren, das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Der Internationale Währungsfonds hat in seinem jüngsten «Economic Outlook» die wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Schweiz auf den Punkt gebracht: Es gilt das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte dauerhaft zu beseitigen – und zwar durch die Zügelung der Ausgaben; dazu sind Reformen im Bereich der Sozialversicherungen und im Gesundheitswesen unabdingbar. Ferner gilt es die Wachstumsschwäche durch die Schaffung von mehr Wettbewerb im Innern zu überwinden. Wenn wir machbare Lösungen für diese schwierigen Aufgaben finden, bleiben die Chancen für eine prosperierende Schweiz auch in Zukunft intakt.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Bilateraler Weg bestätigt

Das grosse Engagement der Wirtschaft hat sich gelohnt. Mit dem klaren Ja der Stimmberechtigten zur Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern wurde der bilaterale Weg der Schweiz erneut bestätigt.

Wichtig für den positiven Ausgang der Volksabstimmung waren nicht nur Inserate und Plakate, sondern vor allem das grosse Engagement von Unternehmern und Wirtschaftsführern.

Pragmatischer Entscheid

Am Schluss haben Schweizerinnen und Schweizer pragmatisch entschieden. So, wie es bei Wirtschaftsvorlagen schon oft der Fall war. Die Stimmberechtigten haben die Chancen und Risiken der Vorlage nüchtern abgewogen und dabei erkannt, dass ein Nein ein grösseres Risiko für das Land und unseren Wohlstand bedeuten würde. Besonders erfreulich die Abstimmungslandkarte: Nicht nur die Romandie zeigte sich wie bei Europavorlagen üblich gegenüber der Erweiterung der Personenfreizügigkeit offen, sondern auch die Mehrheit der Deutschschweizer Kantone schloss sich dem klaren Ja-Votum an. Warum dieser deutliche Wandel im Vergleich zur Schengen-Entscheidung, wurde am Abstimmungssonntag oft gefragt. Während das linke Nein in der Romandie wohl für



Engagement für die Bilateralen
am «1. Nationalen Fabrik-Znünis»
am 27. August.

die leicht abgedämpfte Zustimmung in der Romandie sorgte, schaffte der wirtschaftliche Pragmatismus der Deutschschweizer östlich der Sahne wohl für die positive Bewertung der Vorlage.

Wirtschaftseinsatz belohnt

Aus Sicht der Wirtschaft gelang es offensichtlich, die ökonomische Bedeutung einer stabilen, bilateralen Beziehung zur Europäischen Union im Volk glaubhaft zu machen. Das ist sehr erfreulich. Wie weit da die Fabrik-Znünis, die vielen persönlichen Statements von Unternehmern und Wirtschaftsführern oder auch die vielen Anlässe entscheidend waren, lässt sich im Nachhinein nicht mit letzter Sicherheit eruieren. Klar

ist aber: Das persönliche Engagement der Wirtschaft hat sich gelohnt. Die Wirtschaft agierte in der Abstimmungskampagne geschlossen. Und der Gegenkampagne gelang es nicht, einen Keil in die Wirtschaft zu treiben. Das ist auch eine Lehre für die Zukunft. Wenn Unternehmen und Wirtschaft in der Politik etwas erreichen wollen, müssen sie geschlossen auftreten. Und es braucht persönliches Engagement. Der Abstimmungskampf um die erweiterte Personenfreizügigkeit ist nun Geschichte. Die Verträge müssen und sollen sich jetzt im Alltag bewähren. Das breite und erfolgreiche Engagement ist jedoch auch eine Verpflichtung.

@ urs.rellstab@economieuisse.ch

Schwerpunktthema

Internationale Steuerreformen: Eine Studie von economieuisse bietet einen Überblick über die Reformen europäischer Länder. [Seite 2](#) ▶

Gentech-Moratorium

Das unehrliche Moratorium ist Gift für die Schweizer Wirtschaft. Das heutige scharfe Gesetz garantiert den Konsumenten Wahlfreiheit. [Seite 3](#) ▶

Postmarktöffnung

Eine Öffnung des Postmarktes bringt wesentliche Kundenvorteile, zeigen europäische Erfahrungen. Die Grundversorgung bleibt gewährleistet. [Seite 6](#) ▶

KMU-Porträt

Strellson AG produziert für selbstbewusste, weltoffene Männer. Die unkonventionelle Markenstrategie führt zu zweistelligem Wachstum. [Seite 7](#) ▶

Steuerreform: Internationale Dynamik in vollem Gang

Mit der Studie «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz» hat **economiesuisse 2004 einen Überblick über aktuelle internationale Steuerreformen gegeben.**

In der folgenden Zusammenstellung werden die wichtigsten, seither beschlossenen oder umgesetzten Reformen der OECD-Länder und einiger osteuropäischer Staaten aufgeführt. Auch 2005 spielen die kleinen Volkswirtschaften und osteuro-

päischen Länder in Sachen Steuerreformen eine Schlüsselrolle. Veränderungen betreffen vor allem die Unternehmensbesteuerung. Hauptmotiv der Reformen, z.B. in Österreich, Belgien oder den Niederlanden, war die Steigerung der Standortattraktivität. Besonders in diesen Ländern werden Steuersenkungen als Wettbewerbsvorteil im Konkurrenzkampf der Wirtschaftsstandorte betrachtet.

Ungünstiges Haushaltsklima

Wie die Beispiele Norwegen und Schweden zeigen, hat sich der Trend zur Reduktion be-

ziehungsweise Aufhebung der Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer verstärkt. Wegen der angespannten Finanzlage werden Steuerreformvorschläge derzeit in mehreren Ländern nur langsam umgesetzt. Das gilt besonders für Deutschland und Frankreich: Obwohl die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden soll, bereitet die Umsetzung der Reformen Schwierigkeiten. Die finanziellen Ungleichgewichte führten in den untersuchten Ländern nur selten zu Steuererhöhungen.

@ jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

Land	Steuerform	Massnahme	Kommentar
Belgien	Unternehmensbesteuerung	Risikokapitalabzug in Höhe eines fiktiven Zinses auf Eigenmitteln; Aufhebung der Kapitalverkehrssteuer	Die Massnahmen bedeuten eine Steuererleichterung von rund EUR 566 Mio. Laut Schätzungen dürfte die Reform eine Verringerung der Körperschaftssteuer von 33,99 Prozent auf 27 Prozent bringen. Damit soll die Steuerneutralität der Unternehmensfinanzierung verbessert werden.
Dänemark	Unternehmensbesteuerung	Senkung der Unternehmenssteuer von 30 Prozent auf 28 Prozent	Die Reduktion wird teilweise durch neue Auflagen bei der Besteuerung von Konzerngesellschaften aufgehoben.
Italien	Besteuerung von natürlichen Personen	Reduktion der Anzahl Steuerklassen von 5 auf 3 (23 Prozent, 33 Prozent, 39 Prozent); auf Einkommen über EUR 100 000 wird weiterhin eine Solidaritätsabgabe von 4 Prozent erhoben.	Die Reformen von 2005 dürften für die Steuerzahler Erleichterungen von schätzungsweise EUR 6,5 Mrd. Einsparungen bedeuten, davon 500 Mio. für die Gesellschaften, die 2005 auch eine rückläufige Steuerbelastung verzeichnen.
Niederlande	Unternehmensbesteuerung	Reduktion des normalen Unternehmenssteuersatzes von 34,5 Prozent auf 31,5 Prozent im Jahr 2005	Nach der 2005 beschlossenen Steuersenkung dürften 2006 und 2007 weitere Reduktionen folgen. Die Regierung schlägt für 2007 einen Satz von 29,1 Prozent vor. Gleichzeitig sollte die Emissionsabgabe von 0,55 Prozent abgeschafft werden.
Norwegen	Besteuerung von natürlichen Personen; indirekte Steuern	Senkung des Einkommensgrenzsteuersatzes (Höchstsatz geht von 55,3 Prozent auf 51,3 Prozent zurück); Erhöhung des Grundfreibetrags; drastische Verringerung der Vermögenssteuer; Erhöhung der MwSt. von 24 auf 25 Prozent	Die Vermögenssteuer soll ganz aufgehoben, die Steuer auf Erwerbseinkommen weiter gesenkt werden. Die für 2005 bis 2007 geplanten Steuersenkungsschritte bedeuten Reduktionen von insgesamt CHF 2,4 Mrd.
Österreich	Unternehmensbesteuerung	Senkung des Unternehmenssteuersatzes von 34 Prozent auf 25 Prozent	Die jährliche Verringerung wird auf insgesamt EUR 2,5 Mrd. geschätzt. Die Senkung der Unternehmenssteuer macht zusammen mit dem neuen Konzernbesteuerungssystem den Standort Österreich deutlich attraktiver.
Portugal	Indirekte Steuern	Erhöhung des normalen MwSt.-Satzes von 19 Prozent auf 21 Prozent	Ziel der Massnahme ist es, Abhilfe für die alarmierende Finanzlage Portugals zu schaffen.
Rumänien	Umfassende Reform des Steuersystems	Einführung eines Einheitssteuersatzes (Flat Rate Tax) von 16 Prozent	Mit dieser radikalen Reform gehört Rumänien zu den attraktivsten Steuerstandorten Europas. Die Unternehmenssteuer wird von 25 Prozent auf 16 Prozent herabgesetzt.
Schweden	Besteuerung von natürlichen Personen	Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	Die Reform soll die Weitergabe von Familienbetrieben erleichtern.

Quelle: IBFD, Tax News Services, www.ibfd.org

e-comtrust: Vertrauen durch Sicherheit

Die Initiative e-comtrust hat zum Ziel, das Vertrauen der Konsumenten in Online-Shops zu erhöhen. Damit soll auch ein Beitrag zur Selbstregulierung im e-Business geleistet werden.

Die Regel, dass Anbieter auf das Vertrauen ihrer Kunden angewiesen sind, gilt seit eh und je. Insbesondere für das Funktionieren von grenzüberschreitenden Online-Shops stellt das Konsumentenvertrauen eine wichtige Voraussetzung dar.

Breite Abstützung

Eine der Hauptideen der Vertrauensinitiative e-comtrust ist die Auszeichnung von Online-Shops, welche wichtige und breit abgestützte Anforderungen erfüllen, mit einem Gütesiegel. Die konkreten Arbeiten im Zusammenhang mit der Standardisierung, der Erarbeitung von Selbstregulierungsgrundlagen und der Beantragung des Gütesiegels erfolgen durch ein unabhängiges Unternehmen. Mit einem CEN Workshop Agreement werden die Mindestanforderungen für vertrauenswürdige und sichere Online-Dienstleistungen erarbeitet. Das Gütesiegel wird vom Trägerverein e-comtrust Switzerland nach bestandener Prüfung durch dessen unabhängige Zertifizierungs-Kommission erteilt. Mitglieder dieses Trägervereins sind economiesuisse, das Konsumentenforum kf, die Schweizerische Normenvereinigung, der Dachverband der Informations- und Kommunikationsbranche SwissICT sowie das Eidg. Büro für Konsumentenfragen.

Anforderungen an Online-Shops

Am 19. Oktober 2005 findet in Olten ein Seminar zum Thema «Erfolgsfaktoren für Ihren Onlineshop: Gesetzeskonformität und Europakompatibilität» statt. Nähere Informationen dazu sind unter www.e-comtrust.ch (Rubrik Aktuelles) abrufbar.

@ urs.furrer@economiesuisse.ch

Nein zum Gentech-Moratorium

Das Gentech-Moratorium ist unehrlich und überflüssig. Es schadet der Schweizer Wirtschaft und Forschung.

Die Initianten verlangen für fünf Jahre ein Verbot für den kommerziellen Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft. Während dieser Zeit dürfen Schweizer Bauern keine gentechnisch veränderten Pflanzen aussäen oder setzen. Das Gentech-Moratorium ist ein weiterer Versuch links-grüner Kreise, die Gentechnologie in der Schweiz zu verbieten. Obwohl das Volk, das Parlament und der Bundesrat schon mehrmals ein solches Moratorium abgelehnt haben, beharren die Initianten trotz darauf.

Den Initianten geht es in erster Linie darum, die Gentechnologie aus der Landwirtschaft zu ver-

bannen. Zunächst für fünf Jahre, später für immer. Das Moratorium ist unehrlich.

Was die Schweiz wirklich braucht ist Wahlfreiheit. Die Konsumenten wollen freie Wahl haben, zu kaufen was sie wollen. Dafür braucht es das Moratorium nicht. Im Gegenteil: Schon heute garantiert das Gentechnologie-Gesetz die Wahlfreiheit, da gentechnisch veränderte Produkte deklariert sein müssen.

Wahlfreiheit gewährleistet

Die Schweiz hat das weltweit schärfste Gesetz für die Gentechnologie. Es sichert nicht nur den Konsumenten die Wahlfreiheit, sondern auch den Bauern. Die Bauern brauchen nicht noch mehr Verbote und Bevormundungen. Sie müssen selber entscheiden dürfen, was sie anbauen wollen. Doch gerade das will

die Initiative verhindern. Zudem raubt sie den Schweizer Bauern die Chance, mit einer zukunfts-trächtigen Technologie Erfahrungen zu sammeln.

Das Moratorium ist schädlich

Zudem sendet das Moratorium ein falsches Signal an den Forschungsplatz Schweiz. Selbst wenn die Forschung vom Moratorium ausgenommen ist, kann sie nicht von der praktischen Anwendung getrennt werden. Wer investiert schon Geld und Mühe in Forschung, deren Anwendung verboten ist? Entwicklung und Anwendung gehören zusammen. Das Moratorium schadet darum dem Forschungsstandort Schweiz, der gerade in der Biotechnologie weltweit führend ist.



www.gentech-moratorium-nein.ch

Ja zu kundenfreundlichen Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen

Am 27. November 2005 kommt das revidierte Arbeitsgesetz zur Abstimmung. Es soll sicherstellen, dass Läden in Bahnhöfen und Flughäfen sonntags weiterhin geöffnet sein können.

Gegen diese Gesetzesrevision haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen und wollen die gelockerten Ladenöffnungszeiten wieder rückgängig machen. Sollte das Arbeitsgesetz abgelehnt werden, müssten rund 150 Läden sonntags schliessen. Mehr als 2000 Angestellte wären davon betroffen. Aber auch die Bahnhofkunden hätten das Nachsehen. *economiesuisse* ist gegen die gewerkschaftliche Bevormundung der Sonntagseinkäufe, denn kundenfreundliche Ladenöffnungszeiten gehören zu den Standortfaktoren eines Landes.

Veränderte Bedürfnisse

Die gelockerten Ladenöffnungszeiten widerspiegeln die veränderten Konsum- und Mobilitätsbedürfnisse der Menschen. Immer



Familieneinkäufe auch sonntags.

mehr Berufstätige, Konsumenten und Familien machen deshalb von längeren Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen Gebrauch. Was die zahlreichen Kunden von Bahnhofläden und Benutzer des öffentlichen Verkehrs schätzen, ist den Gewerkschaften offenbar ein Dorn im Auge.

Am 22. März 2002 hat das Bundesgericht auf Druck der Gewerkschaften entschieden, dass die Betriebe im Zürcher Hauptbahnhof und im Bahnhof Zürich-Stadelhofen ihre Geschäfte an Sonntagen zwar offen halten dürfen, dass sie aber nur teilweise oder nur mit Sonderbewilligung Personal beschäftigen dürfen.

Diese paradoxe Situation soll mit dem revidierten Arbeitsgesetz abgeschafft werden

Gut schweizerische Lösung

Von der Neuregelung profitieren nicht nur Grossbahnhöfe, sondern rund 25 regionale Bahnzentren in der ganzen Schweiz.

Bahnhofs- und Flughafensind auch raumplanerisch und umweltpolitisch sinnvoll, weil die meisten Bahnkunden auch regelmässige Bahnhof-Einkäufer sind. Mit dem neuen Arbeitsgesetz wird die Sonntagsruhe nicht abgeschafft. Im Gegenteil, die 2000 Personen, welche die Sonntagsverkäufe ermöglichen, sind ebenso unerlässlich wie die 360 000 Personen, die jedes Wochenende ihre Arbeit verrichten (Spitäler, Verkehrs- und Tourismusbetriebe usw.), damit das Gros der Bevölkerung einen Ruhetag geniessen kann.



www.arbeitsgesetz-ja.ch

Verbandsbeschwerde:

Rasche Behandlung durch Nationalrat gefordert

Der Ständerat hat die parlamentarische Initiative Hoffmann gutgeheissen und notwendige Korrekturen im Verbandsbeschwerderecht eingeleitet.

Es ist nun entscheidend, dass der Nationalrat sie rasch und unverändert behandelt. Damit könnten die minimalen Korrekturen bereits 2007 wirken. Wichtige Bauvorhaben werden durch zu langwierige Bewilligungs- und Beschwerdeverfahren verzögert. Staatspolitisch bedenklich ist, dass sich private Organisationen zu einer parallelen Bewilligungsinstanz entwickeln. Die Initiative bringt Präzisierungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), strafft das Verfahren und beschränkt die Beschwerdemöglichkeit auf das Wesentliche, ohne die Verbandsbeschwerde abzuschaffen.

Sie ist ein minimaler Schritt, nimmt aber zentrale Anliegen der Wirtschaft auf:

- Verwesentlichung der Umweltverträglichkeitsprüfung;
- Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen;
- keine Quasi-Behördenfunktion für Umweltorganisationen;
- Beschwerdeberechtigung nur für nationale Organisationen;
- Erhöhung der Transparenz;
- Straffung des Verfahrens;
- keine neuen Beschwerden in späteren Phasen;
- keine Abschlags- oder Kompensationszahlungen.

Der Ständerat hat die Vorlage umfassend geprüft. Sie wurde in der Vernehmlassung gut aufgenommen und wird vom Bundesrat unterstützt. Ein erneutes Aufrollen der Argumente ist nicht notwendig. Die abschliessende Behandlung in der vorberatenden Kommission des Nationalrats noch im laufenden Jahr wäre ein wichtiges politisches Zeichen für den Investitionsstandort Schweiz.



thomas.pletscher@economiesuisse.ch

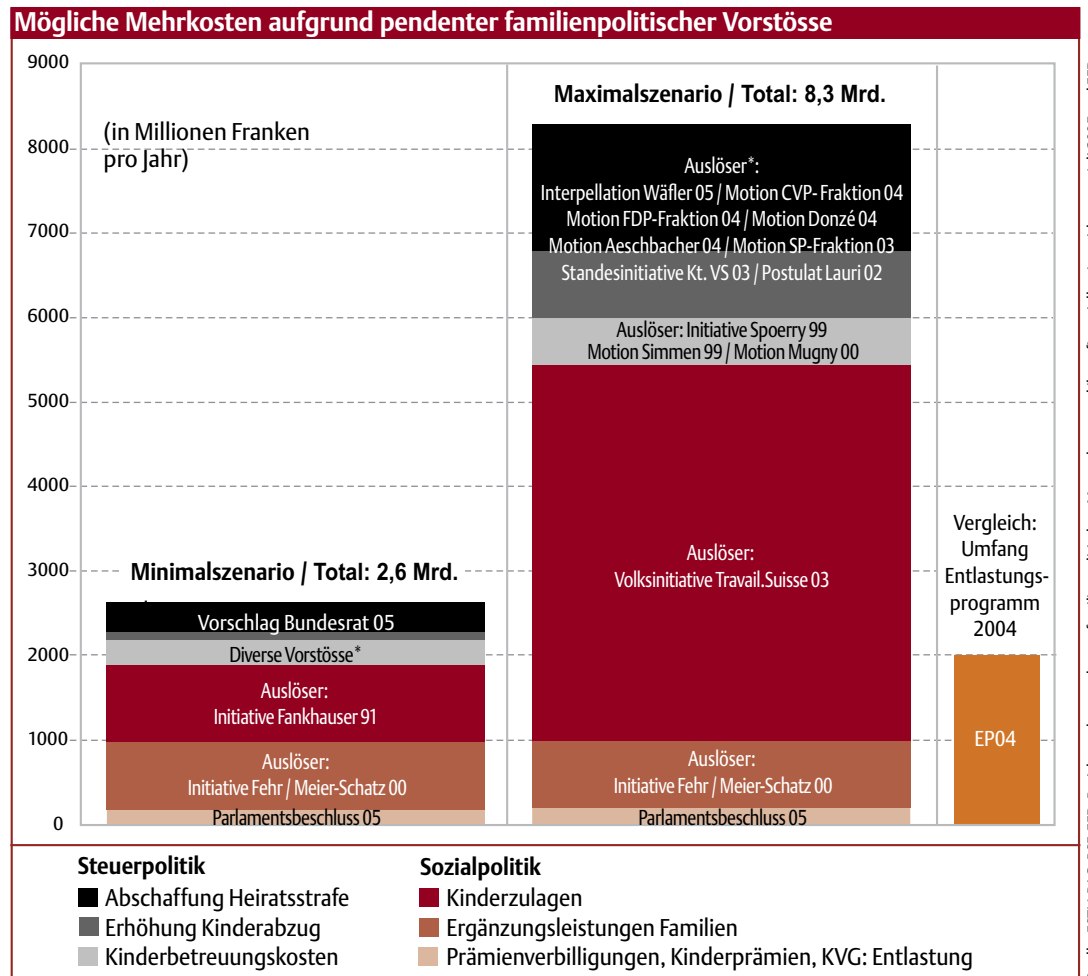
Fehlender Überblick in der Familienpolitik!

Die Familien werden von den Politikern stark umworben. Eine Flut von Vorstössen verlangt verschiedene Verbesserungen bei den Sozialleistungen und im Steuerrecht. Ein aktueller Bericht des Bundes listet nun die enormen Kostenfolgen für die öffentliche Hand und die Arbeitgeber auf.

Familienpolitik ist ein zentrales Anliegen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Entsprechend zahlreich sind die parlamentarischen Vorstösse, die sich für ein verbessertes Wohl von Familien einsetzen wollen. Der Bundesrat hat nun die zahlreichen pendenten Vorstösse und deren möglichen finanziellen Kosten aufgelistet. Er gibt damit Antwort auf ein von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats eingereichtes Postulat (04.3430). Das Gesamtbild ist erschreckend: Je nach Ausgestaltung der einzelnen Forderungen belaufen sich die ungedeckten Mehrkosten auf 2,6 bis über 8 Mrd. Franken im Jahr. Allein die Umsetzung sämtlicher Minimalforderungen würde das Entlastungsprogramm 04 weit übertreffen. Darin noch nicht enthalten sind allfällige Kostenfolgen für die «flächendeckend» geforderten Tagesschulen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass auf Bundesebene «kein Spielraum für die Finanzierung von neuen familienpolitischen Massnahmen vorhanden ist».

Sozialpolitische Massnahmen

Eine schweizweite Erhöhung der Kinderzulagen ist mit hohen Kostenfolgen für die öffentliche Hand und die Wirtschaft verbunden. Die Volksinitiative von Travail Suisse führt zu Nettomehrkosten (inkl. Steuer Mehreinnahmen) von 4,4 Mrd. Franken und wäre alleine durch den Staat zu befrachten. Die Mehrkosten des Gegenvorschlags (Initiative Fankhauser) von insgesamt rund 900 Mio. Franken pro Jahr müssten hingegen zur Hauptsache von der Wirtschaft, aber auch durch die Kantone finanziert werden. Ein weiteres teures Projekt ist die parlamentarische Initiative



Fehr/Meier-Schatz: Würde der Bund zu Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien verpflichtet, so entstünden daraus Bruttogesamtkosten von knapp 900 Mio. Franken pro Jahr, wovon der Bund gut die Hälfte zu tragen hätte. Bereits vom Parlament beschlossen sind Kinderprämienverbilligungen um mindestens die Hälfte für Familien mit unteren und mittleren Einkommen. Der Bund hat dazu die Mittel um 100 Mio. Franken für 2006 bzw. 2007 aufgestockt.

Abschaffung «Heiratsstrafe»

Würden alle Begehren um steuerliche Reformen bei der Familienbesteuerung umgesetzt, so beliefen sich die Mindereinnahmen allein beim Bund auf bis zu 3 Mrd. Franken. Diese umfassen – ähnlich wie im Steuerpaket – eine Abschaffung der «Heiratsstrafe», höhere Kinderabzüge sowie ein beim Bund neuer Abzug der Kinderbetreuungskosten.

Eine umfassende Steuerreform bei der Ehepaarbesteuerung würde für den Bund Mindereinnahmen von rund 1,5 Mrd. Franken mit sich bringen. Die nun in die Vernehmlassung geschickten Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung sehen einen höheren Zweiverdienerabzug für Ehepaare vor und würden zu Einnahmeausfällen von netto 350 Mio. Franken führen. Zur Erhöhung des Kinderabzugs hat die Steuerverwaltung verschiedene Varianten errechnet: Am grössten wären die Ausfälle bei einem Steuerabzug von 1000 Franken vom Steuerbetrag (–675 Mio. Franken), am geringsten bei einer Erhöhung des Kinderabzugs um 1000 Franken vom steuerbaren Einkommen (–100 Mio. Franken). Würden zudem die Kosten der berufsbedingten, externen Kinderbetreuung bei der Bundessteuer abzugsfähig, so werden die Mindereinnahmen auf 300 Mio. Franken (Minimalvariante: Abzug 5000 Franken)

bzw. 550 Mio. Franken geschätzt (Abzug: 10000 Franken).

Politik gefordert

Familienpolitische Anliegen stossen allseits auf grosse Sympathie. Nun liegt es an der Politik, Lösungen für wichtige familienpolitische Anliegen zu finden, ohne dabei den Überblick über die zahlreichen bestehenden und neu geforderten Anliegen zu verlieren. Angesichts der allgemein knappen Mittel wird das Parlament nicht darum herumkommen, die Massnahmen koordiniert zu prüfen und Prioritäten zu setzen. Die Wirtschaft hat bisher stets die Neuregelung der Familienbesteuerung als notwendig erachtet. Teure und ineffiziente Lösungen wie einheitlich hohe Kinderzulagen (Giesskanne!) sowie vom Bund geregelte Familienergänzungsleistungen werden hingegen abgelehnt. Alles kann sich die Schweiz nicht mehr leisten.

brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

Quelle: ESTV, BAG, BSF, EFD, Bericht zu den pendenten familienpolitischen Massnahmen und ihren finanziellen Auswirkungen, Juli 2005 und EFD, Milderung der Heiratsstrafe durch Neugestaltung des Zweiverdienerabzugs, September 2005

Weniger Energie beim Kühlen

Durch hydraulische und betriebliche Optimierungen am Kühlsystem erreicht die Alcatel Schweiz AG deutlich mehr Energieeffizienz und setzt sich somit für den nachhaltigen Klimaschutz ein.

Alcatel ist ein führender Telekommunikationshersteller sowie Marktführer bei Hochgeschwindigkeitszugang ins Internet und optischen Netzen. Mit dem Beitritt zur Energie-Agentur der Wirtschaft bekennt sich das Unternehmen zur aktiven Reduktion der CO₂-Emission und zur Optimierung der Energieeffizienz.

Gewachsenes Kühlsystem

Die Büros, die EDV-Anlage und diverse Laborräume wurden seit jeher durch zwei unabhängige, bald 30-jährige Systeme gekühlt. Zwei grosse Turboverdichter-Kälteaggregate (Unitop) wurden für die Kühlung der Büroräumlichkeiten über Induktionsanlagen (Jettair) eingesetzt. Das benötigte Kaltwasser für EDV und Laborkühlung wurde bei einer Aussentemperatur über 14°C

mit einer Kolben-Kältemaschine und bei unter 14°C über die freie Kühlung (Freecooling) erzeugt. Etliche Pumpen und andere Anlagenteile waren in schlechtem Zustand und bedurften dringend einer Revision.

Systemzusammenschluss

Die beiden Kältesysteme wurden miteinander verbunden und mit einer flexibleren Regelung ausgerüstet. Bis 18°C Aussen-



Hauptsitz der Alcatel in Zürich.

temperatur wird das gesamte Kühlwasser nun im Freecooling-Betrieb ohne Kältemaschine erzeugt, bis 24°C kann die kleinere Kolbenmaschine betrieben werden. Durch die neue Rückkühlung arbeitet diese viel effizienter als früher. Erst bei

24°C beginnt eine der beiden grossen Unitop-Kältemaschinen zu arbeiten, die zweite wird nur noch sehr selten zugeschaltet. Weiter wurden alle Pumpen revidiert und mit Kaltleiterschutz versehen, sie können heute drehzahlreguliert betrieben werden. Die damit verbundenen Einsparungen sind erheblich, weil die Pumpen heute meistens in Teillastbereichen laufen und somit auch nicht mehr unnötig viel

Wasser umwälzen. Durch den Kälteverbund und die flexible Regulierung haben die Kältemaschinen kleinere Schalthäufigkeiten. Das Wichtigste dabei ist, dass der Anteil Freecooling massiv erhöht werden konnte. Der Einbau von Frequenzumrichtern bei den Pumpenanlagen brachte eine Einsparung des Stromverbrauchs um Faktor fünf ein.

Die Investition von insgesamt 136 000 Franken erlaubt Alcatel heute Einsparungen von 170 MWh/a Heizöl und 619 MWh/a Elektrizität. Nach nur knapp einhalb Jahren beginnt sich die Investition auch finanziell auszuzahlen.

Keine Regulierung des Internets!

Soll das Internet zentral durch die Staaten geregelt werden oder weiterhin ohne neue Eingriffe funktionieren? Diese Frage bleibt für den Weltinformatikgipfel in Tunis offen. Für die Wirtschaft gefährdet ein Abweichen vom heutigen System die Entwicklung und das Funktionieren des Internets. Dieses beruht auf dezentralen Regelungen, was die Entwicklung erst ermöglicht hat. Es ist aber kein rechtsfreier Raum, unterstehen doch alle Akteure ihrer jeweiligen Rechtsordnung. An der Vorbereitungs-konferenz in Genf wurden Vorschläge eingebracht, welche alle den staatlichen Einfluss verstärken und neue Strukturen für die globale Überwachung schaffen. Dies ist kontraproduktiv und abzulehnen. Einzig ein Informationsaustausch unter bestehenden Institutionen in einem losen Forum ist sinnvoll. Dabei muss die Wirtschaft mit einbezogen werden.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Neue economiesuisse-Mitglieder

An der September-Vorstandssitzung wurden ein Verband und vier Einzelfirmen neu bei economiesuisse aufgenommen. Sie wurden am «Tag der Wirtschaft» vorgestellt.

■ Der Fachverband AWS Aussenwerbung Schweiz, Bern, gehört mit den ihm angehörenden Unternehmen zu den Initianten der Allianz gegen Werbeverbote und engagiert sich an vorderster Front für die Erhaltung der Werbefreiheit. Die AWS vertritt die Schweizer Aussenwerbung in internationalen Fachgremien, insbesondere der FEPE International, dem Weltverband der Out-of-Home-Unternehmen.

■ Die Adecco SA ist mit 30 000 Mitarbeitern und 6000 Niederlassungen in 70 Ländern das weltweit grösste und erfolgreichste Unternehmen für Human Re-

sources-Lösungen. Die Adecco Holding SA mit Hauptsitz in der Schweiz erwirtschaftete im Jahr 2004 einen konsolidierten Umsatz von 17,2 Milliarden Euro. Sie unterstützt täglich rund 125 000 Geschäftskunden und bis zu 700 000 Arbeitnehmer.

■ CCP Clear Channel Plakanda GmbH, Zürich, ist eine Tochter der Clear Channel Worldwide, der grössten Out of Home-Media Gesellschaft der Welt. CCP besitzt in der Schweiz 16 000 Werbeflächen und ist auf den internationalen Schweizer Flughäfen mit Grosswerbeflächen an Parkhäusern vertreten.

■ eBay International AG, Bern, ist der Hauptsitz für alle nicht amerikanischen Operationen von eBay. Ihre Internetplattform bietet Käufern und Verkäufern aller möglichen Produkte einen elektronischen Marktplatz und eBay

war vom ersten Tag an profitabel. eBay ist dabei nur als Vermittler tätig und bezieht von jedem getätigten Abschluss eine Vermittlungsgebühr. In Bern beschäftigt eBay über 80 Spezialisten.

■ Die Roland Berger AG Strategy Consultants, Zürich, ist seit 1997 in Zürich domiziliert und als Beratungsunternehmen erfolgreich tätig. Das Umsatzwachstum bewegt sich konstant im zweistelligen Bereich und somit über dem Branchendurchschnitt. Die 55 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erbringen ihre Dienstleistungen in den Bereichen Unternehmensstrategien, Organisation, Restrukturierung und Finanzierung, Operations Strategy sowie Informationsmanagement. economiesuisse heisst alle Mitglieder herzlich willkommen!

@ bernhard.buehler@economiesuisse.ch

Europapolitik: Auf solidem Grund

Kurz nach dem Erfolg bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit trat die Arbeitsgruppe «Beziehungen mit der Europäischen Union (GRECO)» von economiesuisse zum 80. Mal zusammen. Das deutliche Ja vom 25. September 2005 wurde positiv gewürdigt. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU basieren nun auf einem soliden Fundament. In Anwesenheit von Botschafter Urs Bucher, Chef des Integrationsbüros (EDA/EVD), fand ein erster Gedankenaustausch über die Zukunft des bilateralen Wegs statt. Angesichts der neuen europapolitischen Ausgangslage plant economiesuisse, ein europapolitisches Positionspapier auszuarbeiten. Es soll jenes mit dem Titel «Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik» vom Oktober 2002 ersetzen.

@ peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Postmarktöffnung: Fortschrittliche und erfolgreiche EU-Länder

Erfahrungen in mehreren europäischen Ländern zeigen, dass eine Öffnung des Postmarktes für die Kunden wesentliche Vorteile bringt. Die flächendeckende Grundversorgung wird nicht gefährdet.

Wie der im Frühjahr veröffentlichte Bericht der EU-Kommission über die Anwendung der Postrichtlinie aufzeigt, kommt die Reform des Postsektors in der EU insgesamt gut voran. Die Überführung der Richtlinie in innerstaatliches Recht ist weitgehend abgeschlossen. Sie sieht vor, die Monopolgrenze für Briefsendungen ab dem 1. Januar 2006 von heute 100 Gramm und dem Dreifachen des Standardbriefpreises auf 50 Gramm und das Zweieinhalbfache des Standardpreises zu senken. Darüber hinaus setzt die Postrichtlinie den 1. Januar 2009 als provisorisches Datum zur Vollendung des Binnenmarktes im Postsektor fest.

Positive Einschätzung der Öffnung

Die Erfahrungen in den EU-Ländern zeigen, dass die gängige Befürchtung einer «Gefährdung des Service public» durch eine Liberalisierung des Postsektors unbegründet ist. Wie dem Kommissionsbericht zu entnehmen ist, weisen die bisherigen Untersuchungen vielmehr auf positive Entwicklungen beim Universal-

dienst hin. Diese äussern sich unter anderem in einer grösseren Kosteneffizienz und in einer stärkeren Kundenorientierung der Universaldienstanbieter. Eine Beeinträchtigung der Finanzierung der Grundversorgung oder eine Verschlechterung der Dienstleistungsqualität konnte nirgends festgestellt werden.

Dieser positive Befund zur bisherigen Postmarktöffnung gilt vor allem für jene Staaten, die über das von der EU vorgegebene Tempo hinausgegangen sind und ihre Postmärkte bereits vollständig geöffnet haben. Insbesondere in Schweden, welches den Postmarkt bereits im Januar 1993 vollständig liberalisiert hat, lässt sich das Potenzial erkennen, das in der Aufhebung der Postmonopole liegt. Wie eine offizielle Studie über die Entwicklung des schwedischen Postmarktes aufzeigt, hat die vollständige Öffnung zu zunehmender Kundenorientierung, höherer Kosteneffizienz, grösserer Kostenwahrheit sowie zu massiven Preissenkungen im Marktsegment «Massensendungen» geführt. Die Studie geht davon aus, dass der Preis für den Versand eines 50 Gramm schweren Briefes dieser Kategorie zwischen 1993 und 2003 real um 50 Prozent gesunken ist. Es gilt hervorzuheben, dass diese erfreuliche Preisanpassung realisiert werden konnte, ohne dass die Finanzierung der Grundver-

sorgung beeinträchtigt wurde oder die Qualität des Universaldienstes abgenommen hat. Das Erfordernis einer qualitativ hoch stehenden flächen- und kostendeckenden Grundversorgung wurde jederzeit erfüllt.

Chancen für EU-Postmarkt

Seit Erlass der Postrichtlinie im Jahr 1997 hat kein Mitgliedstaat eine Studie vorgelegt, welche die Notwendigkeit eines reservierten Bereichs für die Aufrechterhaltung des Universaldienstes untermauern würde. Die einzigen substanziellen Untersuchungen kamen vielmehr zum Ergebnis, dass zur Deckung der Kosten des Universaldienstes die Einrichtung eines reservierten Bereichs nicht erforderlich ist. Angesichts dieser Tatsache sowie der positiven Erfahrungen in Schweden und in anderen Ländern, die ihre Postmärkte bereits überwiegend liberalisiert haben, haben sich drei weitere EU-Mitgliedstaaten – Deutschland, die Niederlande und Grossbritannien – sowie Norwegen ebenfalls für eine vollständige Postmarktöffnung entschieden. Verläuft die Liberalisierung in diesen Ländern ebenso erfolgreich wie in Schweden, dürften die Chancen für eine rasche Vollendung des EU-Binnenmarktes für Postdienste gut stehen.

Wachsender Liberalisierungsdruck auf die Schweiz

Vor diesem Hintergrund ist es im Interesse der Schweiz, zügig weitere Schritte hin zu einer vollständigen Postmarktliberalisierung zu unternehmen. Nur eine vollständige Öffnung des Postsektors kann sicherstellen, dass die Schweiz gegenüber den europäischen Ländern nicht weiter in Rückstand gerät und den Interessen der Konsumenten und der Wirtschaft ausreichend Rechnung getragen wird.

Weitere Informationen zur Postmarktliberalisierung in der EU:



Florent Roduit,
Delegierter in Brüssel

Düstere Stimmung in Brüssel mit Schweizer Lichtblick

Die Abstimmung vom 25. September 2005 über die Erweiterung des freien Personenverkehrs hat in den neuen Mitgliedstaaten der EU und in den internationalen Medien grosse Beachtung gefunden: Die emotionale Dimension und die Symbolkraft der Abstimmung gingen weit über ihre objektive Bedeutung hinaus. Erstmals wurde das Volk zum historischen Schritt der Erweiterung des gemeinschaftlichen Raumes befragt. Die Abstimmung war deshalb auch aus europäischer Perspektive von grosser Bedeutung. Darüber hinaus fand die Abstimmung nach den Misserfolgen der Volksbefragungen zum Verfassungsvertrag statt, also zu einem sehr kritischen Zeitpunkt. Die europäischen Staaten waren sich der Schwierigkeit bewusst, das Placet des Volkes zu einer europapolitischen Frage zu erhalten. Das hervorragende Ergebnis der Schweiz wurde denn auch gebührend gewürdigt. Nachdem die EU selber – und in schmerzlicher Weise – die Erfahrung der direktdemokratischen Entscheidungsfindung gemacht hat und sie den klaren Willen der Schweizer Bürger zur Kenntnis genommen hat, mit Europa eine pragmatische Zusammenarbeit fortzusetzen, dürfte sie sich unserem Land gegenüber künftig weniger technokratisch verhalten. Wir werden es wissen, sobald sich neue konkrete Gebiete der Zusammenarbeit abzeichnen. Unabhängig davon bleibt der 25. September jedoch ein glückliches und bedeutendes Ereignis im schweizerischen wie auch im europäischen Politalltag.



Gute Erfahrungen mit Postmarktöffnung.



http://europa.eu.int/comm/internal_market/post/index_de.htm



florent.rodut@economie.suisse.ch

Erfolg, Prêt-à-porter

Armeewolldecken und internationale Couture – die unkonventionelle Markenstrategie von Strellson bringt beides unter einen Hut. Zweistelliges Umsatzwachstum beweist: Die Kreuzlinger Modemacher liegen damit richtig.

Männer, selbstbewusst und international: Das ist die «New Generation», das ist die Zielgruppe des Modeunternehmens Strellson. Auf den Anzeigen finden sich schon mal Kubaner und Afro-amerikaner. Und dann das: eine Jacke, gefüttert mit Filzdecken der Schweizer Armee. Am Ärmel das Schweizer Kreuz, Weiss auf Rot. Strellsons meistbeachteter Coup bis anhin.

Kategorisch für den Standort Schweiz

Schweizer Kreuz und globale Macher. Wie passt das bitte zusammen? Die Antwort findet sich im Anspruch des Unternehmens an sich selbst. Mit seiner Mode möchte Strellson Männer erreichen, die es im Leben zu etwas bringen wollen, welt-offen und kooperativ sind.

Die wissen, wohin sie gehen, aber auch, woher sie kommen. Das gelte für Kubaner genauso wie für Schweizer, ist man sich bei Strellson sicher. Und bekennt sich deshalb ganz klar zum Standort Schweiz. Umso mehr, als die «Swissness» bei der weltweiten Kundschaft offensichtlich gut ankommt.

Das war nicht immer so. Als CEO Reiner Pichler 1993 auszog, um aus dem No Name Strellson einen weltbekannten Brand zu machen, wurden in Kreuzlingen noch zu 50 Prozent Handelsmarken produziert. Man galt als Industriebetrieb. Ganz anders heute: Der Hauptsitz vereint neben Strellson auch die Marken Windsor und Tommy Hilfiger Tailored Clothing Europe. 150 Mitarbei-

ter sind vor Ort, aufgeteilt auf die Bereiche Marketing, Design, Vertrieb und Logistik. Produziert wird hingegen in erster Linie in eigenen Werken in Portugal. Insgesamt beschäftigt Strellson 450 Personen im In- und Ausland. Der Strellson-Gruppe gehört als Tochterunternehmen auch Windsor GmbH in Bielefeld mit den Marken JOOP! und Windsor. woman mit weiteren 350 Beschäftigten.

Zweistelliges Wachstum

Ins Ausland geht auch der Löwenanteil der Produkte: 55 Prozent des Umsatzes werden ausserhalb Deutschlands und der Schweiz erwirtschaftet, die Kreationen von Strellson verkaufen sich zurzeit in 37 Ländern. Und wie: Zwischen 1998 und 2003 konnte Strellson seinen Umsatz verdoppeln, für die nächsten Jahre rechnet Strellson mit einem zweistelligen Umsatzwachstum. Obwohl das Unternehmen damit nach eigenen Worten «sehr gut dasteht», will man weiterhin Schritt für Schritt expandieren.

Schrittweise – so erfolgte auch der Aufbau der Marke. Begonnen hat Strellson aber mit einem Sprung. Die Werbekampagne zeigte von Anfang an keine Models, sondern gleich das Zielpublikum selbst: Börsenmakler, Sportler und Architekten. Dass dieser Art von Kommunikation fernab vom Mainstream keine grosse Zukunft vorausgesagt wurde, ist heute Geschichte. Die Kampagne gibt es nach wie vor, in Lifestyle- und Wirtschaftsmagazinen und im Internet. Optisch



Hauptsitz von Strellson in Kreuzlingen.



«New Generation»: Event-Manager Asaf Youbiner modelt für Strellson.

hat sich die Erscheinung immer wieder erneuert, die Grundidee ist jedoch dieselbe geblieben.

Markengeschichten

Mit der Erscheinung begnügt sich Strellson allerdings schon längst nicht mehr. Die Produkte sollen Geschichten erzählen. Wie das zu verstehen ist, verdeutlicht die neue Sportswear-Linie «Strellson Swiss Cross»:

Mit der Herbst/Winter-Kollektion kommt eine Jacke in den Handel, die komplett mit einer aussen angehängten SIGG-Thermosflasche geliefert wird. Jenseits der Inszenierung hat die Marke, in deren Kommunikation weiterhin 15 Prozent des Umsatzes fliessen, durchaus festen Boden. Strellson steht für Qualität und Innovation im mittleren Preissegment.

Kein Mittelmass, sondern nur die Besten will CEO Pichler zu seinen Mitarbeitern zählen. Doch wie kriegt man die Besten nach Kreuzlingen? Am Hauptsitz sind die Hierarchien flach, die Türen der Chefbüros offen. Man spricht miteinander, man(n) trägt Strellson zur Arbeit. Damit das, was Pichler für das Wichtigste überhaupt hält, möglichst lange währt: Die Identifikation mit Strellson.

Drei wirtschaftspolitische Wünsche

■ Innovation ist die Grundlage für wirtschaftliche Erfolge in einer Gesellschaft mit gesättigten Märkten.

■ Die Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital eines Unternehmens. Man muss aber wissen, sie sind es nicht von Anfang an. Mitarbeiter müssen weiterentwickelt werden. Un-

ternehmens- und Personalpolitik muss wahr und klar sein für alle, die mit dem Unternehmen verbunden sind.

■ Hoffentlich bleibt die Schweiz weiterhin unternehmerfreundlich, dann wird der Lebensstandard für alle Schweizer so hoch bleiben wie er ist.

World Business Awards 2006

Der Preis zeichnet Unternehmen aus, die sich für die Beseitigung der Armut einsetzen.

Das Programm der Vereinten Nationen für die Entwicklung, die internationale Handelskammer (ICC) und das internationale Business Leaders' Forum laden auch dieses Jahr weltweit Unternehmen ein, am Wettbewerb um die World Business Awards 2006 teilzunehmen. Der Preis zeichnet Unternehmen aus, die einen Beitrag zur Verwirklichung der Millenniumsziele bis 2015 leisten. Diese Ziele wollen

1. die extreme Armut und Hunger reduzieren,
2. die Grundschulung für alle gewährleisten,
3. die Gleichstellung der Geschlechter und die Autonomie von Frauen fördern,
4. die Säuglingssterblichkeit reduzieren,
5. die Gesundheit von Müttern verbessern,
6. Aids, Malaria und weitere Krankheiten bekämpfen,

7. eine nachhaltige Umwelt gewährleisten,
 8. eine weltweite Partnerschaft für die Entwicklung schaffen.
- Seit Einführung dieses Wettbewerbs im Jahr 2002 durch Kofi Annan ist die Schweizer Wirtschaft immer ausgezeichnet worden. Zuerst haben Coop und Migros den «World business Award for sustainable Development Partnership» erhalten. Coop für sein biologisches Baumwollprojekt im Rahmen des Naturaline-Textilprogramms. Migros für sein Projekt zur Förderung der nachhaltigen Palmölproduktion und des Schutzes des Tropenwaldes. Im Jahr 2004 ist Georg Fischer für die Gründung seines Projekts «Community Benefit – Clean Water» prämiert worden. Sämtliche Wirtschaftsorganisationen, inklusive Verbände und Unternehmen, können am Wettbewerb teilnehmen. Bewerbungen für das Jahr 2006 werden bis zum 31. Dezember 2005 berücksichtigt.



www.iccwbo.org/awards

Dokumentation

- NEIN zum Gentech-Moratorium**
Argumentarium zur Abstimmung vom 27. November (24 Seiten).
Download: www.gentech-moratorium-nein.ch
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter.
Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».**
Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»**
Fr. 20.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele und Organisation des Verbands. Gratis.
- «ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- «dossierpolitik», Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- «E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. E-Mail-Adresse angeben.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 / 421 34 34

- Bestellung Adressänderung

Firma

Name

Strasse

Vorname

PLZ/Ort

Funktion

E-Mail

«STOP PIRACY»

Kampf gegen Produktpiraterie

In der «Schweizer Plattform gegen Fälschung und Piraterie» werden die Kräfte von Wirtschaft und Verwaltung gebündelt.

Warenfälschungen und Raubkopien verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Mit der Plattform soll das Problem insbesondere durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und

Anlass: 9. November 2005

Die Plattform wird anlässlich der in Zürich stattfindenden Nachmittagsveranstaltung «STOP PIRACY» vorgestellt. Die Veranstaltung wird von ICC Switzerland in Zusammenarbeit mit dem IGE organisiert. Über die Präsentation der Plattform hinaus illustrieren Referenten aus Wirtschaft, Verwaltung und Advokatur die Tragweite der Problematik, zeigen Lösungsansätze auf und gehen auf Möglichkeiten bei der Bekämpfung von Fälschung und Piraterie in der Praxis ein.

die Verstärkung der Kooperation zwischen privatem und öffentlichem Sektor sowie innerhalb dieser Sektoren bekämpft werden. Auf Verwaltungs- und auf Wirtschaftsseite wird je ein One-Stop-Shop erstellt, der unter anderem jeweils eine elektronische Plattform betreibt.

Koordination und Information

Während die öffentliche Website sich an ein breites Publikum richtet, soll ein vom Schweizer Komitee der Internationalen Handelskammer (ICC Switzerland) betriebener Webspaces interessierten Unternehmen als Informationsdrehscheibe zur Verfügung stehen. Auf dieser interaktiven Drehscheibe können beispielsweise Erfahrungsberichte, Informationen über konkrete Fälle oder Strategien sowie Angaben über Kontaktpersonen im In- und Ausland zwecks Errichtung eines Informationsnetzwerks ausgetauscht werden.



www.icc-switzerland.ch

Vernehmlassungen

30. Oktober 2005

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege: Aufsicht über die Bundesanwaltschaft
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

31. Dezember 2005

Vernehmlassung zu den ergänzenden Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch



Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse.ch anfordern.

Impressum

Herausgeber: [economiesuisse](http://economiesuisse.ch),
Verband der Schweizer Unternehmen
Verantwortliche Redaktion: Regina Hunziker-Blum
Adresse: Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich; Tel. 044 / 421 35 35; Fax 044 / 421 34 34; E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch;
Web: www.economiesuisse.ch
Adressänderungen: marianne.baer@economiesuisse.ch
Erscheinungsweise: monatlich
Gestaltung: Layout88 GmbH, Zürich
Druck: Herbsdruck AG, Zürich